

**Pressegespräch
Dienstag, 09.06.2026 in Bad Neuenahr**

Statement

Dr.-Ing. Herbert Snell
Vizepräsident bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe
und Entsorgung e.V.

- Es gilt das gesprochene Wort -

Pressekontakt:

Jörg Lacher
bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V.
Fränkische Straße 2
53229 Bonn
Tel: 0228 98849-27
Fax: 0228 98849-99
E-Mail: lacher@bvse.de

Sehr geehrte Damen und Herren,
auch von meiner Seite ein herzliches Willkommen.

Während der Covid-Pandemie waren es die Kunststoffrecycler, die entscheidend dazu beigetragen haben, Versorgungsengpässe in der Industrie abzufedern. Heute zeigt sich erneut, wie verletzlich globale Lieferketten sind. Die geopolitischen Spannungen im Nahen Osten und die damit verbundenen Einschränkungen wichtiger Handelsrouten wirken sich bereits spürbar auf die Versorgung mit Kunststoffrohstoffen aus.

Analysen deuten darauf hin, dass selbst bei einer kurzfristigen Stabilisierung der Lage keine schnelle Rückkehr zu früheren Marktbedingungen zu erwarten ist. Beschädigte Infrastruktur, anhaltende Störungen in den Lieferketten und strukturell höhere Transportkosten werden die Rohstoffmärkte auf absehbare Zeit prägen. Kunststoffrohstoffe aus diesen Regionen bleiben damit mittelfristig ein Unsicherheitsfaktor.

Für die europäische Kunststoffrecyclingbranche ergibt sich daraus grundsätzlich eine strategische Chance – allerdings nur unter klar definierten Voraussetzungen.

Wenn die kunststoffverarbeitende Industrie künftig unabhängiger von Importen werden will – sowohl bei Primärkunststoffen als auch bei Rezyklaten –, müssen heute stabile und langfristige Liefer- und Investitionsbedingungen geschaffen werden. Recyclingkapazitäten entstehen nicht kurzfristig. Einmal verlorene Strukturen lassen sich nur mit erheblichem Zeit- und Kapitalaufwand wieder aufbauen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich eine grundsätzliche industriepolitische Frage: Warum wird in Europa strategische Autonomie konsequent für Energie, Halbleiter und kritische Rohstoffe diskutiert, nicht aber in gleicher Konsequenz für Kunststoffe und Rezyklate?

Eine moderne Industriepolitik darf sich nicht auf die Absicherung von Primärrohstoffen beschränken. Sie muss ebenso die Versorgung mit Sekundärrohstoffen strategisch absichern. Rezyklate sind kein Nischenprodukt, sondern ein zentraler Rohstoff der europäischen Industrie.

Ein wesentlicher Hemmfaktor sind bestehende Wettbewerbsverzerrungen durch Importe. Europäische Recycler arbeiten unter hohen Umwelt-, Qualitäts- und Dokumentationsstandards. Importierte Materialien unterliegen häufig nicht denselben Anforderungen. Das führt zu strukturellen Wettbewerbsnachteilen für europäische Anbieter.

Deshalb braucht es klare politische Antworten: separate Zollcodes für Rezyklate, damit mehr Transparenz bei Importströmen sowie einheitliche und durchsetzbare Wettbewerbsbedingungen. Kreislaufwirtschaft darf nicht durch unfaire Marktbedingungen unter Druck geraten.

Die Europäische Kommission hat im sogenannten Winterpaket bereits strengere Kontrollen für Kunststoffimporte angekündigt – einschließlich besserer Zollklassifizierung, verschärfter Nachweispflichten und einer stärkeren Marktüberwachung. Diese Maßnahmen sind ausdrücklich zu begrüßen, müssen jedoch jetzt zügig und konsequent umgesetzt werden.

Hier sind die Mitgliedsländer gefordert, den Vollzug zu organisieren. Beim Import muss überprüft werden, ob es sich um Rezyklate handelt und nicht um Neuware, die nur anders deklariert wird.

Aber auch bei der Erfüllung der gesetzlichen Rezyklateinsatzquoten ist eine Überprüfung notwendig. Seit 01.01.2025 müsse 25 % der PET Einweggetränkeflaschen eines Herstellers aus Rezyklat bestehen. Jedoch überprüft niemand, ob die eingesetzten Rezyklate die gesetzlichen Anforderungen des Lebensmittelrechts einhalten, gerade bei Importen aus Nicht-EU Ländern ist das in der Regel nicht der Fall.

Ein weiterer struktureller Fehlanreiz besteht in der thermischen Verwertung. Noch immer werden erhebliche Mengen potenziell recycelbarer Kunststoffe energetisch verwertet, 2023 gingen 2,18 Mio. t in Müllverbrennungsanlagen, das sind fast 40 % der post-consumer Kunststoffabfälle. Damit gehen wertvolle Rohstoffe unwiederbringlich verloren. Recycling muss daher wirtschaftlich attraktiver werden als die Verbrennung, wenn eine funktionierende Kreislaufwirtschaft erreicht werden soll. Die stoffliche Verwertung muss dabei konsequent priorisiert werden.

Mit Blick auf das Jahr 2030 und die dann geltenden Rezyklateinsatzquoten für Verpackungen ist die Branche technologisch grundsätzlich gut vorbereitet.

Für viele Anwendungen stehen bereits heute praxistaugliche Lösungen zur Verfügung. Auch für sensible Anwendungen im Bereich starrer Polyolefinverpackungen für empfindliche Inhalte werden Verfahren entwickelt und erprobt, die eine industrielle Umsetzung perspektivisch ermöglichen können.

Die entscheidende Frage ist jedoch, ob die zuständigen europäischen Behörden, insbesondere die EFSA, diese Technologien rechtzeitig anerkennen und regulatorisch ermöglichen. Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, dass zwischen technischer Entwicklung und regulatorischer Zulassung häufig erhebliche Zeitverzögerungen bestehen.

Noch komplexer bleibt die Situation bei flexiblen Verpackungen für sensible Anwendungen. Die Europäische Kommission hat in ihren Leitlinien im März diesen Jahres jedoch klargestellt, dass keine Verpflichtung zum Einsatz von Rezyklaten besteht, solange keine zugelassene und industriell verfügbare Technologie vorhanden ist. Diese Klarstellung schafft zumindest ein Mindestmaß an Planungssicherheit für diese Marktsegmente.

Ein gutes Beispiel für funktionierende Kreislaufwirtschaft ist PET. Hier gibt es im Bereich der Getränkeflaschen funktionierende Sammel-, Sortier- und Recyclingstrukturen. Bottle-to-bottle-Recycling ist technisch und industriell etabliert, entsprechend hoch sind die Recyclingquoten im Vergleich zu anderen Kunststoffströmen. Auch regulatorisch wurden mit der SUPD bereits verbindliche Rezyklateinsatzquoten eingeführt (25 % ab 2025, 30 % ab 2030).

Mit der kommenden Verpackungsverordnung (PPWR) werden diese Anforderungen weiter verschärft, 65 % in 2030. Die Nachfrage nach lebensmitteltauglichen PET-Rezyklaten steigt dadurch deutlich an. Gleichzeitig steigt der Druck auf die Industrie, ausreichend hochwertige Rezyklatmengen bereitzustellen.

Gerade hier zeigt sich jedoch ein strukturelles Risiko: Obwohl technische Lösungen grundsätzlich vorhanden sind, stehen wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Vordergrund. Investitionen in hochwertige

Recyclingtechnologien werden unter den aktuellen Marktbedingungen zunehmend riskant.

Für die Zukunft besteht die Gefahr, dass wir uns in Europa zur Erfüllung der gesetzlichen Quoten von Importen abhängig machen, wenn der Ausbau der Kapazitäten nicht rechtzeitig erfolgt. Dies gilt auch für PET. Die Branche ist daher auf verlässliche politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen angewiesen, um bestehende Kapazitäten zu sichern und neue Investitionen auszulösen. Hier muss schnell etwas passieren, bis 2030 sind es noch 3 ½ Jahre. Bei der Länge der Genehmigungsverfahren ist es kaum noch zu schaffen, green-field Projekte im Kunststoffrecycling bis 2040 umzusetzen.

Die strukturellen Rahmenbedingungen bleiben herausfordernd. Kunststoffrecycling ist energieintensiv – von der Sortierung über Zerkleinerung, Waschen und Trennung bis hin zu Trocknung und Extrusion. Viele Unternehmen können unter den aktuellen Energiepreisen im internationalen Wettbewerb kaum bestehen. Recycling wird häufig schlechter gestellt als Primärproduktion oder thermische Verwertung. Das sendet falsche wirtschaftliche Signale. Recycling braucht daher Zugang zu wettbewerbsfähigen Energiepreisen, etwa über entsprechende Entlastungsinstrumente im Industriestrompreis. Gerade hier hat die Bundesregierung aktuell wieder bewiesen, dass sie das Recycling von Kunststoffen nicht im Blick hat. Durch die Wahl eines ver-

alteten Katalogs der Wirtschaftszweige als Grundlage der Förderfähigkeit fällt das Kunststoffrecycling aus der Förderung.

Gleiches gilt für die Besondere Ausgleichsregelung im EEG, immer noch bezieht sich der Gesetzgeber auf den veralteten Katalog der Wirtschaftszweige.

Beim Thema Energie gibt es seitens der Politik keine Unterstützung für Kunststoffrecycler, im Gegenteil, durch gezielte Maßnahmen wird dafür Sorge getragen, dass wir gerade nicht von den Maßnahmen profitieren können.

Hinzu kommt ein zunehmend regulatorischer und administrativer Druck. Genehmigungsverfahren dauern häufig mehrere Jahre, während Dokumentations- und Berichtspflichten stetig zunehmen. Besonders mittelständische Unternehmen geraten dadurch unter erheblichen Druck. Erforderlich sind schnellere Verfahren, ein konsequenter Bürokratieabbau und mehr Planungssicherheit für Investitionen.

Für eine stabile Kreislaufwirtschaft von Kunststoffen in Europa sind daher drei Faktoren entscheidend: hochwertige Stoffströme, faire Wettbewerbsbedingungen und verlässliche Investitionsrahmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!